

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

29.8.1931 (No. 200)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedrich-
Straße Nr. 14
Kempflecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. K. Mend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM, einjährig 24 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwanngewaltiger Betreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Ausperrung, Wajshinbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unterlagte Druckmaschinen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Differezenzen auf der Völkerbundstagung

Die nächste Woche beginnende Tagung des Völkerbundrats wird sich wieder mit einer Reihe von Fragen der Ökonomie beschäftigen, die für Deutschland von weitestgehendem Interesse ist. Es handelt sich insbesondere dabei um Danziger und ober-schlesische Angelegenheiten.

Auf der letzten Tagung wurde seinerzeit der Bericht des Oberkommissars über die Beziehungen zu Polen angenommen. Der Oberkommissar sollte für die Septembertagung einen neuen Bericht über die weitere Entwicklung der Danzigs-polnischen Beziehungen vorlegen. Dieser Bericht ist bereits beim Sekretariat eingegangen. Sein Wortlaut ist jedoch noch nicht veröffentlicht. In hiesigen politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß sich die politischen Verhältnisse in Danzig seit der letzten Ratstagung konsolidiert haben. Die schwierige Lage Danzigs liegt mehr auf wirtschaftlichem Gebiet.

In der Frage der deutschen Minderheiten in Oberschlesien ist, wie erinnerlich, seinerzeit der polnische Bericht über den Widerstandskampf auf der Ratstagung nur unter der Bedingung angenommen worden, daß eine Vertagung erfolgen müsse. Der deutsche Außenminister hatte aber schon im Mai seinen Zweifel darüber geäußert, daß der Bericht schon nach einer oberflächlichen Prüfung erkennen lasse, daß die polnische Regierung die Lage der deutschen Minderheiten nicht so geschildert habe, wie sie den Tatsachen entspreche. Zugleich ist eine neue Beschwerde der deutschen Minderheit in Oberschlesien beim Völkerbund eingelaufen, die besagt, daß das Vertrauen der deutschen Minderheit zu den polnischen Behörden immer noch nicht hergestellt sei. Die Maßnahmen erscheinen nicht geeignet, Vertrauen zu den polnischen Behörden zu schaffen. Eine Stellungnahme zu dieser neuen Beschwerde liegt noch nicht vor.

Die Wemel-Frage wird auf der kommenden Ratstagung nicht zur Erörterung stehen. Die für die Prüfung der Finanzverhältnisse eingesetzten Sachverständigen haben noch keinen Bericht erstattet und über die an sie gerichteten Fragen schweben noch Verhandlungen zwischen den beteiligten Mächten.

Bevölkerungspolitische Jahresbilanz

Die vorläufigen Zählungen der Bevölkerungsbewegung im Deutschen Reich ergeben für das Jahr 1930 wiederum eine Verminderung der Geschlechtsungen um 27 000 auf rund 682 000. Besonders im letzten Vierteljahr, als die wirtschaftliche Notlage sich immer mehr verschärfte, ging auch die Geburtenhäufigkeit erheblich zurück. Auf je 1000 Einwohner entfielen im Jahre 1929 noch 9,2 Geschlechtsungen, im ersten Vierteljahr 1930 nur noch 8,9.

Die Zahl der Lebendgeborenen war ebenfalls im Jahre 1930 um 20 630 niedriger als im Vorjahr. Während im Jahre 1928 auf je 1000 Einwohner noch 18,6 Lebendgeborenen kamen, ging diese Zahl im Jahre 1930 auf 17,5 zurück, im letzten Vierteljahr 1930 sogar auf 16,3.

Günstig war dagegen die Entwicklung der Sterbeziffern, denn die Sterblichkeit war im Jahre 1930 durchweg wesentlich geringer als im Vorjahr. Es starben nämlich nur 710 906 Personen gegenüber 805 962 im Jahre 1929. Allerdings war in dem letztgenannten Jahre die Sterblichkeit infolge einer schweren Grippeepidemie und der strengen Kälte am Jahresbeginn außergewöhnlich hoch. Dagegen waren im Jahre 1930 die Gesundheitsverhältnisse sehr günstig, so daß die Sterblichkeit an fast allen Todesursachen mehr oder weniger stark abnahm.

Verminderte Geschlechtsungen und Geburten, aber zum Ausgleich auch vermehrte Sterbeziffern charakterisieren also die bevölkerungspolitische Entwicklung in Deutschland im Jahre 1930. Auch die Säuglingssterblichkeit hat beträchtlich abgenommen. Der Überschuß der Geburten über die Todesfälle war bisher mit 6,5 auf je 1000 Einwohner größer als im Vorjahr, in dem er nur 5,3 betrug. Die trotz des scharfen Geburtenrückgangs noch vorhandene Bevölkerungszunahme in Deutschland ist aber wesentlich durch die gegenwärtige Altersgliederung der Bevölkerung bedingt. Wie das Statistische Reichsamt mit Recht hervorhebt, befinden sich gegenwärtig die aus den geburtenreichsten Jahrzehnten stammenden starkbesetzten Jahrgänge des ganzen Volkstörpers gegenwärtig im fortpflanzungsfähigen Alter. Diesem Umstande ist es zu verdanken, daß die Zahl der Lebendgeborenen, trotz der fortschreitenden Geburtenbeschränkung, immer noch verhältnismäßig groß ist. Mit dem allmählichen Aufrücken dieser starkbesetzten Jahrgänge in die höheren Altersstufen wird aber einerseits die Zahl der Sterbefälle stark steigen, auch wenn die Gesundheitsverhältnisse sich noch weiter bessern sollten, andererseits wird mit einer stärkeren Abnahme der Geburtenziffer gerechnet werden müssen, sobald die schwächer besetzten Kriegs- und Nachkriegsjahrgänge in das fortpflanzungsfähige Alter kommen. Man muß also damit rechnen, daß der Geburtenüberschuß von jetzt ab ständig sinken und allmählich sogar ganz verschwinden wird. Die Zeit ist wahrscheinlich nicht mehr fern, in der Deutschlands Bevölkerung nicht mehr zunehmen wird.

Reichsaufsicht über die privaten Vausparkassen. Der Reichsaufsicht veröffentlicht eine Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Reichsaufsicht über die privaten Vausparkassen ab 1. Oktober 1931 auf Grund des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen und Vausparkassen vom 6. Juni 1931.

Letzte Nachrichten

Die deutsche Delegation für Genf

Genf, 29. Aug. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, wird die deutsche Delegation für Genf diesmal umfangreicher sein als bei den gewöhnlichen Ratstagungen. Das hat seinen Grund darin, daß es sich jetzt um vier Tagungen handelt, nämlich um die 10. Bundesversammlung, die 64. Ratstagung, die vor der Bundesversammlung, und die 65. Ratstagung, die nach der Bundesversammlung stattfindet. Dazu kommen dann noch die Sitzungen des Europa-Komitees. Während Frankreich zu diesen Tagungen sogar drei aktive Minister entsendet, wird vom Reichsministerium nur Reichsaussenminister Dr. Curtius nach Genf fahren. Außer ihm besteht die deutsche Delegation für die Bundesversammlung noch aus dem Botschafter a. D. Graf Bernsdorf und Ministerialdirektor Dr. Gauß. Erstbelegierte sind die Gesandten Köppert, Curtius und Febr. v. Weizsäcker. Dazu kommen als Sachverständige der Bankier Dr. Melchior, der Deutschland beauftragt die den Baseler Sachverständigen-Verhandlungen vertritt, Dr. Lammer vom Reichsverband der deutschen Industrie, Frau Zahn-Garnad und Prof. Dr. Wendelsohn-Bartholdy.

In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß bei der Bundesversammlung allein sechs Kommissionen mit Delegierten und Sachverständigen besetzt werden müssen. Für die beiden Ratstagungen und die Europatagung reisen folgende Herren nach Genf: Ministerialdirektor Dr. Kade vom Reichswirtschaftsministerium, Ministerialdirektor Dr. Ritter, Ministerialdirektor Meyer, sowie Gesandter Freitag und der Geheimrat Noebel vom Auswärtigen Amt, als Sachverständiger für die mit Polen zusammenhängenden Minderheitenfragen, Ministerialrat Becker vom Reichsfinanzministerium. Für die dritte Abteilung der Reichsregierung begeben sich Ministerialdirektor Dr. Rehm, Oberregierungsrat Dr. Seibe und der Referent Biermann nach Genf. Reichsaussenminister Dr. Curtius wird von seinem persönlichen Referenten, Geh. Rat Reinebeck, begleitet. Als Generalsekretär der Delegation fungiert diesmal der neue Referent für den Völkerbund, Geh. Rat Kampffmeyer.

Deitte Verordnung zur Durchführung der Devisenbewirtschaftung

BRB. Berlin, 29. Aug. (Tel.) Nach der in der heutigen Abendausgabe Nr. 201 des Deutschen Reichsausschreibers erscheinenden „Dritten Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Devisenbewirtschaftung vom 29. August 1931“ werden Devisenbestände im Nennwert von über 1000 RM. ausgereut, die durch den Aufkauf in der ersten Durchführungsverordnung zur Kapitalfluchtverordnung vom 21. Juli 1931 nicht erfasst worden sind. Für die durch die zuletzt genannte Verordnung bereits erfasst gewesenen Anmeldepflichtigen, soweit sie ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, gilt der neue Aufkauf nur für ihre Bestände an Gold (außer Kurs gesetzte Goldmünzen, Feingold oder legiertes Gold, Roh- oder Halbfabrikate) und für solche ausländische Wertpapiere, die anders als gegen ausländische Zahlungsmittel oder durch Forderungen in ausländischen Zahlungsmitteln erworben worden sind.

Anmeldestellen sind wie bisher die örtlich zuständigen Reichsbankstellen und die mit der Befugnis von An- und Verkauf von ausländischen Zahlungsmitteln ausgestatteten Kreditinstitute. Sichtig für die Freizugänge ist der 29. August 1931. Die Anmeldung der Werte hat bis zum 5. Sept. 1931 zu erfolgen. Wer nachweisen kann, daß er die Werte zu volkswirtschaftlich gerechtfertigten Zwecken bedarf, hat die Entscheidung der Reichsbank oder eines von ihr ermächtigten Kreditinstituts anzurufen.

Die wichtigste Änderung an der Verordnung ist die Herabsetzung der Freizugänge des § 11 der Devisenbewirtschaftungsverordnung von 3000 auf 1000 RM. Die neue Freizugänge gilt also nicht nur für den Aufkauf, sondern für das ganze Gebiet der Devisenbewirtschaftung, also z. B. auch für den Erwerb von Devisen, die Verfügung über Devisen usw.

Große Aktion der Berliner politischen Polizei

BRB. Berlin, 29. Aug. (Priv.-Tel.) Auf Grund der politischen Vorkommnisse der letzten Zeit und der Ergebnisse der verschiedenen Hausdurchsuchungen wurden heute früh um 6 Uhr unermutet in verschiedenen Vierteln Groß-Berlins Hausdurchsuchungen vorgenommen, um verdeckte Waffen festzustellen. Die Aktion der politischen Polizei erstreckte sich auf die Linien- und Poststraßen, auf das Kösliner Viertel und die Markussstraße. In den ersten Vormittagsstunden — die Unter suchungen dauern noch an — wurden 34 Personen, die politisch nicht gemeldet waren, festgenommen, außerdem 8 weitere wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Es wurden 18 Seitengewehre, 5 Pistolen, 1 Trommelrevolver, 1 Totschlüssel, 1 Pistolenmunition, 1 Säbel und 2 Dolche gefunden und sichergestellt.

Wie der Polizeipräsident am Samstagmittag der Presse mitteilte, wurden 14 Gewehre und Karabiner, 15 Revolver und Pistolen, eine Anzahl von Seitengewehren, Schlagringen, Stahlseilen und eine große Menge von Gewehr- und Pistolenmunition beschlagnahmt.

Zeppelin-Abfahrt nach Südamerika

BRB. Friedrichshafen, 29. Aug. (Tel.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ begibt sich heute abend gegen 9 Uhr — also früher als vorgesehen — auf seine sechsmalige Reise nach Fernambuco und zurück. Die Führung wird Dr. Egedner haben.

* Neue politische Lage

Um die Sanierung der Gemeindefinanzen

„Es ist besser, rechtzeitig schwere Opfer zu bringen, als alles zu verlieren!“ Dieser Satz des „Badischen Beobachters“ in seinem Artikel „Baden und die neueste Notverordnung“ (in Nr. 234 vom 27. August) könnte als Motto über der ganzen Politik der jüngsten Vergangenheit und der nächsten Zukunft stehen. Im vorliegenden Falle wird der Satz vom „Beobachter“ angewandt auf die finanzielle Lage der Gemeinden.

Das Zentrumorgan stellt zunächst fest, daß der badische Staat sich seinerzeit der Verpflichtung, die Landesfinanzen zu sanieren, nicht entzogen habe. Hinsichtlich der Gemeinden aber könne man nicht das gleiche sagen. Gewiß dürfe man an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß die Gemeinden durch die Arbeitslosigkeit und den Zusammenbruch vieler Betriebe eine riesige, immer noch steigende Wohlfahrtslast auferlegt bekommen haben.

„Gerade deshalb aber wäre es, wie das Blatt wörtlich weiter schreibt, erste Aufgabe der verantwortlichen kommunalen Körperschaften gewesen, auf dem ganzen übrigen Gebiet der Gemeindeausgabenwirtschaft eine Generalreinigung durchzuführen, um dem Staat und der öffentlichen Meinung alle Anknüpfungspunkte für berechtigte Kritik an der kommunalen Finanzgebarung zu entziehen. Hier wurde nicht entschieden genug zugegriffen. Das Reich sowohl wie das Land haben es an Warnungen und Mahnungen nicht fehlen lassen. Selbstverwaltung bedingt ebenso, wie föderalistische Einstellung, Verantwortlichkeit. Die Gemeinden können nicht bestreiten, daß sowohl in den Gemeindeverwaltungen, wie in den von den Gemeinden unterhaltenen Versorgungsbetrieben Stellenüberbewertungen gegenüber der Staatsverwaltung mit erheblichem Mehraufwand für die Kommunalfinanzen vorgekommen sind. . . . Da die Gemeinden nicht durchgegriffen haben, war der Eingriff des Reiches oder des Staates unvermeidbar.“

Durch die neue Notverordnung habe im übrigen das Vorgehen der badischen Regierung, gegen das die Gemeinden bekanntlich protestierten, eine vollkommene Rechtfertigung gefunden. Der badischen Regierung sei jetzt sogar die Möglichkeit gegeben, ihr eigenes Notgesetz in eine gewöhnliche, auf der Reichsnotverordnung beruhende Verordnung umzuwandeln. — Soweit der „Beobachter“.

Noch in den letzten Tagen hat sich der Badische Städteverband in längeren Darlegungen an die Presse gewandt, teils, um gegen die Sparpolitik der badischen Regierung zu polemisieren, teils, um den Nachweis zu erbringen, daß auch die Gemeinden sich keineswegs den Verpflichtungen der Sparpolitik entzogen hätten. Auf diese Darlegungen ist folgendes zu erwidern:

Kein verständiger Mensch, der nur einigen Einblick in die Dinge hat, wird bestreiten wollen, daß in einer Reihe von Gemeinden ganz beträchtliche Anstrengungen im Sinne einer größeren Sparpolitik gemacht worden sind, und daß eigentlich alle Gemeinden in ihrer Ausgabenwirtschaft heute viel vorsichtiger sind, als noch vor einigen Jahren. Aber wenn der Glaube entstanden sein sollte, daß es mit diesen Anstrengungen genug ist, dann würde dem von seiten des Reiches und der Länder mit aller Bestimmtheit widersprochen werden. Das, was bis jetzt geschehen ist, entspricht nicht entfernt dem wirklichen Erfordernis. Und darum dreht sich ja eigentlich auch der ganze Streit, und zwar nicht nur bei den Gemeinden, sondern bei allen Stellen, die vor der Notwendigkeit einer Sparpolitik stehen. Es ist eben nicht damit getan, daß man hier und da eine Ersparnis vornimmt, daß man hier und da um ein paar Prozente kürzt. Die Sparpolitik, die nach dem Willen des Reichskabinetts jetzt die Finanzpolitik der Gemeinden und aller Stellen zu beherrschen hat, erschöpft sich nicht in geringfügigkeiten, sondern sie muß von tief eingreifender und umfassender Natur sein.

Bedenklich ist es allerdings, daß der neueste Anlauf der Gemeinden, größere Ersparnisse auf dem Gebiete der Gemeindearbeiterlöhne herbeizuführen, durch das im Reichsarbeitsministerium abgeschlossene Kompromiß verhindert wurde. Die Kürzung beträgt nur etwa 1/3 dessen, was der Arbeitgeberverband der Kommunalverwaltungen gewünscht hatte. Allerdings gelten diese Abmachungen nur bis zum Ablauf des bestehenden Tarifvertrages. In Berlin steht man in tarifpolitischer Ver-

100,55
663,73
236,10
778,38
913,94
101,70

ziehung auf dem Standpunkt, daß es nicht angebracht sei, bestehende Tarife einfach aufzuheben und umzutrennen, sondern, daß man das demnächst fällige Ende der bestehenden Tarifverträge abwarten soll, um dann von Grund aus neue Vereinbarungen zu treffen. Auch dieser Standpunkt hat sicherlich vieles für sich. Und daß im Herbst die Vorschläge und Wünsche des Reichsverbands der kommunalen Arbeitgeberverbände Berücksichtigung finden werden, wird wohl ohne weiteres angenommen.

Bei alledem darf man nun nicht etwa meinen, daß das Reich jetzt auf einmal seine eigene Sparpolitik als abgeschlossen betrachtet und nur von den anderen die Befolgung einer solchen Politik erwartet. In den Richtlinien, welche von der Reichsregierung zur Durchführung der letzten Notverordnung herausgegeben worden sind, heißt es ausdrücklich, daß auch das Reich von der Notverordnung Gebrauch machen und weitere Einsparungen vornehmen werde. Es versteht sich ganz von selbst, daß auch innerhalb der Finanzpolitik des Reiches noch ganz gehörige Ersparnisse bewerkstelligt werden können, vor allem dadurch, daß man die gesamte Reichsverwaltung vereinfacht und Ministerien verkleinert, die heute schon in dem Ruf stehen, die größten Verwaltungsbehörden der ganzen Welt zu sein.

Dem schwersten Winter entgegen

Man kann es begreifen, daß Reichskanzler Dr. Brüning immer wieder mit Genugtuung auf die Tatsache hinweist, daß das deutsche Volk in den kritischen Wochen des Juli sich zu keiner Ausschreitung und zu keinem Tumult habe hinreißen lassen; es bedeutet das in der Tat einen ganz großen Erfolg dem Ausland gegenüber, indem es die Achtung der ganzen Welt vor unserem Volke erhöht hat. Daß diese Tatsache geeignet ist, auch im Innern unsern Fonds an Hoffnung und Vertrauen zu stärken, ist klar.

Der Reichsinnenminister Dr. Brüning hat auf der Stuttgarter Tagung der Zentrumsfraktion des Reichstags auch seinerseits die großen Nöte des kommenden Winters betont und erklärt, daß die Regierung alles tun werde, um moralisch und materiell zu helfen, daß aber neben dem Staat auch die karitative Hilfe treten müsse. Besonders interessant war in diesem Zusammenhang der Satz, die karitativen Vereine Deutschlands würden in den nächsten Wochen mit einem großen Aufruf an die Öffentlichkeit treten, um Naturalien zu sammeln zum Besten der Arbeitslosen und Notleidenden.

Damit würde eine Bahn beschritten werden, die sicherlich zu sehr segensreichen Erfolgen führen könnte. Es kommt vor allem darauf an, den Hunger zu stillen. Und dazu ist vor allem die Überantwortung der Lebensmittel selbst notwendig. Die Vorteile bestehen darin, daß die unterstützende Öffentlichkeit dann auch die Garantie hat, daß der Unterstützungsbedürftige das bekommt, was er wirklich braucht, und darin, daß gleichzeitig der Landwirtschaft die Möglichkeit eines erhöhten Absatzes gegeben wird. Der Landwirtschaft, die unter den Verhältnissen besonders schwer zu leiden hat, wird eine solche Hilfe von Herzen zu gönnen sein. Das System würde auch der Tatsache Rechnung tragen, daß sich unsere Geldmittel außerordentlich verringert haben. Wo heute Geld ausgegeben wird, muß es in einer volkswirtschaftlich zweckmäßigen Weise geschehen. Wo man aber den Geldverkehr durch den Austausch oder die Überweisung von Naturalien ersetzen kann, wird man sicher gerne davon Gebrauch machen. Rechtlich beständen keine Bedenken, da im Gesetz die Möglichkeit von Naturalleistungen bereits vorgegeben ist.

Kaelseuber Sommer-Operette

Peppina

Auch die letzte Novität, die das Ensemble im Konzerthaus herausbrachte, kann man als einen großen Operettenerfolg bezeichnen, dem man gerne beistimmt, obwohl es sich diesmal um eine Kunst ausgesprochen zweiter Ordnung handelt. Entscheidend ist jedoch, daß nach manchen Enttäuschungen der Zeitdichter Rudolf Desrederer, der anscheinend einen alten Schwank eigenen Fabrikats umgemodelt hat, endlich dem Theater ein bisheriges neues Blut zugeführt und statt der ewig sentimentalen Liebesjungen sich um ein Motiv bemüht, das wenigstens in den beiden Anfangsakt nicht schon von zu früher Süßigkeit und daher Langeweile trieft. Denn es wirt immerhin der Hergang der Handlung durchaus glaubhaft, wenn da einem gräßlichen Lebemann plötzlich eine erwachsene Tochter von 20 Jahren zugeführt wird und wenn er über vermeintlichen Vaterpflichten das lockere Dasein fast vergißt. Natürlich geht es später dann ohne den unvermeidlichen Liebeszauber doch nicht ganz ab und die Robotte des Edelkittches bleiben nicht unbefähigt, aber es ist eben erst der Schlußakt, der diesen Fehler enthüllt, und bis dahin hat man sich jedenfalls köstlich amüsiert.

Auch der Vertoner des „Peppina“-Buches hat seinen Auftrag, eine Musik voll Witz, Komik, Scherz und Ironie zu liefern, recht brav erfüllt; die gereinigten Unterlagen sind sogar für ziemlich Stimmhaltung geeignet, freilich ohne die Spritzigkeit älterer Werke, dafür kennt sich jedoch Robert Stolz in der zugkräftigen Banalität moderner Schlager sehr gut aus und serviert deren eine ziemlich Anzahl, wovon allerdings gerade das Hauptstück zu oft von Anfang bis zu Ende wiederholt wird, um noch die pikante Impulsivität beim allerersten Erklingen sich zu bewahren. Vor solcher Gefahr der allmählichen Verflachung und Erstarrung sollte übrigens die ganze Vorstellung sich hüten und sowohl bezüglich der reichlich breit gebalgten Originalschlager wie der verlangten Dacapos nicht so freigiebig sein.

Die Aufführung selbst bringt trotzdem noch genug Überraschungen. Da ist vor allem die zwar nicht mehr allzu jugendliche, aber zweifellos entwicklungsfähige Missi Seibold, die als Gast in der Hauptrolle eifriges Drüdende und Dem-

Die Tragödie Macdonald

Was sich in der letzten Woche in England abgepielt hat, ist eines der erschütterndsten Ereignisse der Weltgeschichte in der letzten Zeit. Gleichzeitig aber ist es persönlich die Tragödie des Ministerpräsidenten Macdonald.

Als Macdonald während seiner Amtszeit Kredite für Notstandsarbeiten in Milliardenhöhe bewilligte, die staatlichen Beiträge für die Arbeitslosenversicherung und die Unterstützungsbeträge für erwachsene Familienmitglieder erhöhte, als er sogar die 15jährigen Jugendlichen in den Kreis der Unterstützungsberechtigten mit einbezog, neue Klassen von Alterspensionen schuf und sich auch sonst an allen Ecken und Enden bemühte, um soziale Aufgaben zu lösen, da war er der beliebte und geachtete Führer seiner Partei. Stuhig machen mußte allerdings damals schon die Beobachtung, daß fast alle Nachwahlen während seiner Amtszeit einen Rückgang der Stimmen der Regierungspartei aufwiesen. Offenbar hat diese Sozialpolitik Macdonalds vielen nicht einmal genügt. Bedauerlicherweise erwies sie sich als nicht geeignet, die Wirtschaft zu fördern und der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Denn die Ziffer der Arbeitslosen stieg von rund 1,1 Millionen im Sommer 1929 auf rund 2,7 Millionen in diesem Sommer!

Die Weltwirtschaftskrise und die Erschütterungen des allgemeinen Vertrauens in den englischen Kredit zwangen den Staatsmann Macdonald — nicht den Menschen —, eine Politik der Ersparnisse einzuleiten. Er trat vor seine Anhänger hin und sagte ihnen: „Die Arbeitslosenunterstützung muß um 10 Prozent gekürzt werden, und es müssen Gehälter und Löhne gekürzt werden!“ Er wies darauf hin, daß ja auch die Preise im letzten Jahr um mindestens 10 Prozent, ja stellenweise sogar um einen höheren Prozentsatz gesunken waren. Aber gehört hat man auf ihn nicht, und gefolgt ist man ihm auch nicht. Mit demselben Augenblick, in welchem dieser bedeutende Staatsmann, der eine der hervorragendsten Persönlichkeiten der ganzen englischen Geschichte ist, seinen Anhängern einen von ihm als unabwendbar erkannten Verzicht zumute, hatte er ausgespielt.

Und auch seine Beteuerungen, daß nur diese von ihm befürwortete Sparpolitik jene Sicherheit des nationalen Kredits wieder herstellen könne, an der gerade die Arbeitslosen das größte Interesse haben, und seine Warnungen vor der Gefahr einer Inflation haben ihm nicht geholfen: das Gros seiner Partei ließ ihn im Stich, und, wenn im Herbst d. J. das nationale Konzentrationskabinett Macdonald zurücktreten wird — hoffentlich nach einer erfolgreichen Durchführung der in Aussicht genommenen Maßnahmen —, dann wird Macdonald parteipolitisch ein erledigter Mann sein. In der Geschichte seines Volkes wird er indessen weiter fortleben als einer seiner klügsten und charaktervollsten Politiker.

Gesandter Meyer zum Ministerialdirektor ernannt

GW. Berlin, 29. Aug. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, ist Gesandter Meyer, der bisherige Dirigent der Ostabteilung im Auswärtigen Amt, zum Leiter dieser Abteilung und zum Ministerialdirektor ernannt worden. Gesandter Meyer tritt damit endgültig an die Stelle des Ministerialdirektors Trautmann, der bekanntlich kürzlich zum Gesandten in Peking ernannt worden ist.

Keine Auflösung des Mecklenburg-Strelitzer Landtags. Der deutschnationale Antrag auf Auflösung des Landtags wurde mit 19 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmten die Deutschnationalen, die Kommunisten, ein völkischer Abgeordneter und der Bauernpartei.

mende rasch vergessen läßt und vom Beifall umtauscht wird, noch ehe sie überhaupt von ihrer hübschen Stimme Gebrauch macht. Sie weiß sich auf der Bühne zu bewegen und sie kann entzückend plaudern. Darüber ist man mit Recht erstaunt wie über ihre gesungene Leistung, obgleich auch diese den Akt der verschiedenen Couplets brillant trifft. Wieder ist Leo Mader nicht von Papp, doch stärkeren Spatzvogelapplaus als sein Günstig Tiger, der sich diesmal Otto Schmeier, ein verblödeter Lustigst mit trefflichen Ansätzen zum Charakterpieler. Mit diabolischem Schmunzeln verfolgt man insbesondere die kurze epische Szene, welche die beiden mit der untergeschobenen „Mutter“ (Gisli Rivinius), einem resoluten Weibsbild, zu agieren haben. Von dem, was der Theaterzettel noch sagt, mag es genügen, Walter Leberer in der Rolle des männlichen Hauptpartners und Willi Jant als Joponne zu nennen, außerdem Egidie Kühmann, die dem tänzerischen Rahmen des Abends eine ausgezeichnete Note beibringt. Viel benannt wurde des weiteren die in den Mittelakt eingebaute „Tanz“-Modenschau. Sie wird zum geschäftlichen Erfolg zumindest ebensoviel beitragen wie zum künstlerischen die eifrige Mitarbeit der Herren Bruno Jilzer, Emil Reihner und Lorien Reht, denen die musikalische, szenische und dekorative Verantwortung obliegt. S. Sch.

Vorbereitung der neuen Spielzeit in Mannheim. Das Nationaltheater eröffnet die neue Spielzeit am Samstag, den 5. Sept., mit der Neuinszenierung von Shakespeares „Sommerwachtstraum“ unter Regie von Intendant Waisch. Das Werk wird mit der Musik von Mendelssohn gegeben, die Dr. Ernst Cremer dirigieren wird. Zum zweiten Abend der Spielzeit, Mozarts „Don Giovanni“ in Neuinszenierung, haben nun gleichfalls die Bühnenproben begonnen. Die musikalische Leitung hat Jos. Rosenkold, die Regie führt Dr. Rich. Hein. Gleichzeitig wird die Wiederaufnahme von Ruccinis „Bohème“ und Mozarts „Entführung aus dem Serail“ für die erste Woche der Spielzeit vorbereitet, und nebenher gehen die Musikproben für die zweite Neuinszenierung, A. Strauß' „Elektra“. Das Schauspiel wird in der ersten Woche Judenhäuser, „Gauermann von Kopenick“ und Grabbes „Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung“ wieder aufnehmen. Ferner wird die Aufführung von Peter Martin Kampels

Das Schicksal der Strafrechtsreform

In dem Augenblick, wo das Reichsjustizministerium der Öffentlichkeit den Entwurf einer neuen Zivilprozessordnung unterbreitet hat, um in absehbarer Zeit einen endgültigen Entwurf den gesetzgebenden Körperschaften zuleiten zu können, wird auch die Strafrechtsreform wieder aktuell, die dem Reichstag seit vielen Jahren vorliegt, ohne daß es gelungen wäre, sie zum Abschluß zu bringen. Nach der Reichstagswahl vom September 1930 ist zwar die Strafrechtsreform wieder aufgenommen worden; die Beratungen gestalteten sich jedoch infolge des Auszugs von Deutschnationalen und Nationalsozialisten aus dem Reichstag in zunehmendem Maße schwieriger. Die Mehrheitsverhältnisse, wie sie sich im Strafrechtsausschuß entwickelt hatten, führten dazu, daß ein Teil der Parteien an einer Weiterarbeit auf dieser Grundlage nur noch wenig Interesse hat. Man beschäftigte sich infolgedessen nur mit weniger wichtigen Abschnitten. Als der Reichstag nach der Statensabschiedung dann vertagt wurde, verzichtete die Ausschussmehrheit darauf, die nächsten Wochen und Monate für eine Weiterarbeit an der Strafrechtsreform zu benutzen. Man vertagte auch den Strafrechtsausschuß bis zum Herbst, um dann vielleicht unter günstigeren Umständen noch von dem Reichstagszusammentritt die Arbeiten wieder aufzunehmen. Für die nächste Sitzung des Strafrechtsausschusses ist, wie das V.D.G.-Büro meldet, der 22. September in Aussicht genommen. Wie sich dann die Arbeiten des Ausschusses gestalten werden, muß abgewartet werden, zumal man noch nicht weiß, ob die Rechtsparteien wieder mitarbeiten werden. Der Vorsitzende des Strafrechtsausschusses, Geh. Rat Dr. Kahl, hat die Absicht, die Arbeiten des Ausschusses auf jeden Fall weiterzubringen. Er hofft, daß für die Fertigstellung der Reform nur noch wenige Wochen notwendig sein werden.

Statt Geld Lebensmittel?

Zu Blättermeldungen über eine beabsichtigte Arbeitslosenbeihilfe in Form von Naturalieferungen im kommenden Winter hören wir von unrichtiger Seite, daß diese Meldungen falsch sind. Allerdings wird die Frage einer evtl. Teil-Naturalieferung in der Arbeitslosenbeihilfe für den kommenden Winter erwogen, da eine Beihilfe nur aus Sachleistungen bestehend, nicht in Frage kommen könne, wegen der Mieten und sonstigen Barzahlungen. Nach der Beendigung der Untersuchung wird der Reichsarbeitsminister seine Entscheidung über die zu treffenden Maßnahmen treffen, die ja nur im Notfall angewendet werden sollen. Man ist bemüht, alles zu tun, um die Arbeitslosenunterstützung auch im kommenden Winter nicht zu gefährden.

Beim Städtetag fand eine Besprechung darüber statt, ob es möglich sei, den Arbeitslosen im kommenden Winter an Stelle von Geldleistungen eine Naturalversorgung zu gewährleisten. Der Städtetag gibt dazu bekannt:

In der Besprechung, an der Vertreter deutscher Städte, der zuständigen Reichsstellen, der freien Wohlfahrtspflege, der Gewerkschaften und der Wirtschaft teilnahmen, wurden die Schwierigkeiten, die der Durchführung dieser Gedanken noch entgegenstehen, keineswegs verkannt. Trotzdem muß es möglich gemacht werden, um die Arbeitslosen und Hilfsbedürftigen wenigstens mit verbilligtem Brot, Kartoffeln und Brennstoffen unmittelbar zu versorgen. Verhältnismäßig einfach liegt es in den kleineren und mittleren Städten, schwieriger in den Großstädten. Der Deutsche Städtetag wird der weiteren Klärung der Frage seine besondere Aufmerksamkeit widmen und entsprechende Vorschläge den zuständigen Stellen übermitteln.

Die Finanzierung des Ausland-Geschäftes. Wie der Reichsverband der Deutschen Industrie mitteilt, haben die Verhandlungen wegen Vereinfachung von Mitteln für die Finanzierung des Lieferungs-Geschäftes nach Rußland noch zu keinem endgültigen Abschluß geführt.

„Der Deutsche“ verboten. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen, hat der Polizeipräsident die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Der Deutsche“, wegen der von ihr veröffentlichten Karikatur Litwinows mit sofortiger Wirkung bis zum 2. September 1931 einschließlich verboten.

Frankreich und Syrien. Der Libanes-Vertreter in Genf will berichten können, daß Frankreich beabsichtigt, auf das syrische Mandat zu verzichten und mit Syrien einen Bündnisvertrag zu schließen. Frankreich würde alsdann beantragen, Syrien in den Völkerbund aufzunehmen.

Drama „Waterland“ in Inszenierung von Richard Dornseiff auf den 11. Sept. vorbereitet. Der Autor hat bereits sein Erscheinen zur Aufführung zugekagt.

Übergabe des Goethe-Preises an Ricardo Eud. Im Goethe-Gaus am Hirschgarten in Frankfurt a. M. fand die feierliche Übergabe des Goethe-Preises an Ricardo Eud statt, die in einer Ansprache des Stadtrates Dr. Keller als Dichterin und ausgezeichnete Schülerin deutscher Kulturepoche geehrt wurde. Er führte u. a. aus, daß der Goethe-Preis in diesem Jahre im Gedanken an die Wälder Goethes verliehen werde, deren 200. Geburtstag festlich begangen werde. Ricardo Eud dankte für die Feier. Sie sagte, wenn der Goethe-Preis eine Anerkennung für den Dichter, der ihn empfängt, so sei er zugleich eine sich stets erneuernde Guldigung Goethes.

1934 wieder Passionsspiele. Oberammergau wird schon 1934 sein Passionspiel, das erst im vorigen Jahre aufgeführt wurde, wieder geben. Begründet wird dieses abermalige Verlassen der Tradition, die das Spiel an zehnjährige Perioden bindet, damit, daß 1634 das Festjahr war, das zu dem Gedächtnis des Passionsjahres führte. Man denkt daran, der Passion ein Vorbild vorauszuführen, das an die 300jährige Wiederkehr des Gedächtnisses erinnert.

Deutscher Grönlandsforscher verschollen. Der 45jährige Grönlandsforscher Dr. Krüger, Assistent am Geologischen Institut der Technischen Hochschule Darmstadt, ist nach einem Telegramm der kanadischen Regierung an das Institut als verschollen zu betrachten. Dr. Krüger, der früher in Südamerika und Nordamerika jahrelang geologische Forschungen unternommen hatte, durchquerte im Jahre 1928 als erster Europäer die westgrönländische Halbinsel Kugajak, wobei er eine wertvolle Ausbeute an Steinen heimbrachte. 1929 unternahm er zusammen mit Prof. Drejscher aus Clausthal, Dr. Nieland aus Heidelberg und dem Dänen Axel Bierre eine zweite Grönlandreise. Während die beiden deutschen Teilnehmer im Herbst 1929 zurückkehrten, überwinterten Krüger und Bierre. Vom März 1930 an, mo Krüger die kanadische Kolonisation Beach in Ellesmereland besuchte, fehlt jede persönliche Nachricht über die beiden Forscher, deren Munition- und Nahrungsmittelvorrat inzwischen längst aufgebraucht sein muß.

Der Nürnberger Katholikentag

Am Freitag fand eine große öffentliche Kundgebung des 70. Deutschen Katholikentages statt. Zum Präsidenten wurde Reichstagsabgeordneter Joos gewählt. In der Kundgebung hielt der Apostolische Nuntius eine Ansprache, in der er die drei Engpässe des Papstes über Erziehung, Ehe und soziale Fragen behandelte.

Herzliche Begrüßungsworte richtete Johann der Amberger Erzbischof, Sauer, an die Versammelten. Unsere Zeit sei im ganzen genommen sicherlich eine Zeit des Übergangs, des Wandels. Aber es bleibe noch Rettung in Christus. Die Beratungen des Katholikentages sollten uns die Wege zeigen, die man einschlagen müsse, um der geistigen und sittlichen Not unseres Volkes zu begegnen.

Ministerpräsident Dr. Feld begrüßte die Versammlung namens der bayerischen Staatsregierung. Die 70. Generalversammlung falle in eine unheilvolle, von heftigen Krisen durchwühlte Zeit. Keine ihrer Vorgängerinnen habe das deutsche Volk in einer solchen Not, in einer solchen, die Volkskraft zerschüttert und Verwirrung und Verwirrung gesehen. Das Ziel der Generalversammlung sei in erster Linie, ihre Teilnehmer im Glauben zu erhalten und sie zur gläubigen Tat, aufopferungsfähiger Liebe für Kirche und Vaterland und für unsere Volksgenossen zu begeistern.

Schließlich wurde noch ein Subsidiumstelegramm an den Reichspräsidenten von Hindenburg abgelesen, dem der Katholikentag seine untertänigsten Grüße entbietet.

Fernerhin fand eine Feiterversammlung des Reichsverbandes für die katholischen Auslandsdeutschen im großen Saale des Rathauses statt. In seiner Festrede schilderte Prälat Dr. Schreiber, Münster, das Verhältnis der Kirche zu dem deutschen Volkstum. Er gedachte der Friedensverträge mit ihren widersinnigen Grenzbeziehungen und stellte fest, daß dadurch und durch die psychologische Einstellung der Siegermächte das deutsche Volkstum sich wieder auf sich selbst besonnen habe und unter bewußter Ablehnung von jeder Annahmlichkeit in erdgebundener und sachlicher Form den Kampf um sein Dasein aufnehme. Man könne heute Kirche und Volkstum nicht mehr voneinander trennen, ohne Kultur für alle Zukunft abzuwerten. In diesem Kampf gegen die Unkultur und für die Behauptung deutschen Wesens und deutscher Kultur auch jenseits der deutschen Grenze befinde sich die Kirche Schulter an Schulter und in Führung mit den gleichgesinnten Kräften aus anderen Kreisen.

Henderson Führer der Arbeiterpartei

Der frühere Staatssekretär des Außen, Henderson, ist als Nachfolger Macdonalds zum Führer der Labour-Partei gewählt worden. In der Besprechung wurde in einer Resolution festgelegt, daß die Labour-Partei sich als Oppositionspartei offiziell konstituiert.

In Besprechungen der Liberalen und der konservativen Parteileitung wurde der Eintritt der Parteiführer in die Regierung gebilligt.

Washingtons Bemühungen um die Abrüstung

In Washingtoner Regierungskreisen werden die aus Europa kommenden Meldungen, daß mit dem Aufbruch der Genfer Abrüstungskonferenz gerechnet werden müsse, mit einem Gefühl der Enttäuschung aufgenommen. Unterstaatssekretär Cattle erklärte, daß man in Washington eine Verschiebung der Konferenz ganz außerordentlich bedauern würde, gerade im jetzigen Augenblick. Da die wirtschaftliche Lage in allen Ländern zu möglichst großen Einschränkungen der Ausgaben zwingt, müßte eine Verringerung der Rüstungsausgaben mit allen Kräften erstrebt werden. Amerika hoffe daher noch immer, daß das ursprüngliche Datum eingehalten werde. Natürlich werde es sich, wenn der Völkerbundrat einen gegenteiligen Beschluß fassen sollte, nicht aktiv dagegen widersetzen können.

In Genf wird für die nächsten Tage ein Schreiben Hendersons erwartet, in dem er mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage Englands sein Amt als Präsident der Abrüstungskonferenz dem Völkerbundrat wieder zur Verfügung stellen wird, so daß sich der Völkerbundrat in seiner nächsten Sitzung nochmals mit der Frage des Vorsitzenden beschäftigen muß. Selbstverständlich sind Kräfte am Werke, denen eine anderweitige Besetzung dieses Postens sehr gelegen käme. Doch ist nicht zu leugnen, daß eine Hinausschiebung der Abrüstungskonferenz, etwa bis nach den französischen Wahlen im Mai, den letzten Rest des Vertrauens in den Abrüstungswillen der hochgerüsteten Regierungen vollends zerstören könnte.

Abreise Gandhi nach London. Bei der Abreise Gandhi nach London hatte sich eine ungeheure Menschenmenge eingefunden, die ihren Führer begeistert begrüßte. Gandhi hielt, bevor er sich einschiffte, eine Ansprache.

7 Millionen Arbeitslose in den Vereinigten Staaten. Der Gewerkschaftsbund der Vereinigten Staaten schätzt die Gesamtzahl der Arbeitslosen im Gebiet der Union auf 7 Millionen. Es werden gesetzgeberische Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeitslosen verlangt. Die zur Durchführung dieser Maßnahmen erforderlichen Summen würden sich auf eine Milliarde Dollar belaufen.

Die neue Nummer der Königlich Illustrierten Zeitung, die von erstaunlicher Reichhaltigkeit ist, berichtet über merkwürdige Begebenheiten, die sich um Heddy Kiesler, die von Reinhardt entbede, „schöne Frau der Welt“, Marlene Dietrich und die Tänzerin Ruth Harris abgespielt haben. — Die Bilderseite „Der langsame Herr und die schnelle Dame“ vergleicht die Arbeit der Stenographenweltmeisterin mit der Tätigkeit eines Mannes, der drei lange Balladen Schiller mühselig auf eine Karte kritzelt. — „In vier Wochen Kapitän“ heißt ein Aufsatz, der sich mit der interessantesten Einrichtung der Ferien-Reglerkurse beschäftigt.

Arnold Illig: Die Unmündigen. Grenzfälle aus dem Seelenleben Jugendlicher. Mit einem Nachwort von Luz Weltmann. Reclams Universal-Bibliothek, Nr. 7149. Geh. 40 Pf., gebd. 80 Pf. — Arnold Illig, von Berufung Dichter, von Beruf Lehrer, verbindet aufs glücklichste diese beiden Seiten seines Wesens in diesen packenden, tief in die Seele jugendlicher Menschen eindringenden Erzählungen aus dem Schulleben. Die Grenzfälle, die außerordentlichen Exemplare im Guten und Bösen zeigen die Gestaltkraft des Dichters; aber das Abnorme erleuchtet auch das Normale und illustriert die Beziehungen zwischen Lehrer und Schüler, die für das Generationsproblem so entscheidend wichtig sind.

Litwinow über die Beziehungen Rußlands zu Polen

In einer Erklärung, die der Außenkommissar der Sowjetunion, Litwinow, vor der in- und ausländischen Presse abgab, betonte er, daß eine Pressepolemik über Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und Polen wegen eines Nichtangriffspaktes vollständig überflüssig gewesen sei, da „Verhandlungen weder geführt wurden, noch geführt werden“. Wir erstreben — so fuhr Litwinow weiter fort — selbstverständlich eine Besserung unserer Beziehungen zu Polen. Dies kann aber nicht durch das Verbreiten von Gerüchten über nicht existierende Verhandlungen erreicht werden. Vergleichen kann nur Aufregung und Polemik hervorrufen, was gerade zu vermeiden ist. Ich bin gezwungen, diese Erklärung im Interesse der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Polen selbst abzugeben. Abschließend betonte Litwinow, daß die Sowjetunion stets bestrebt sei, die politische Atmosphäre zu reinigen und eine internationale Versöhnung zu erreichen, daß sie zu diesem Zweck an der Europa-Kommission teilgenommen und mitgearbeitet habe, und daß sie hoffe, die neuerlich bevorstehende Tagung dieser Kommission werde den von der Sowjetregierung vorgeschlagenen wirtschaftlichen Nichtangriffspakt in ernster Erwägung ziehen.

Ein Schweizer Kredit für polnische Wohnungsbauten. Die polnische Presse berichtet, daß zwischen der polnischen Regierung und einer schweizerischen Finanzgruppe Verhandlungen über einen Kredit von 70 Millionen Schweizerfranken stattfinden. Der Kredit soll ausschließlich zur Finanzierung von Wohnungsbauten Verwendung finden. Die Verhandlungen sollen günstig fehen.

Wirtschaftspolitische Vorkarbeiten für Genf. Die Wirtschaftsjahresberichte, die von der letzten Tagung des Europa-Ausschusses mit der Ausarbeitung eines Programms für eine bessere Organisation der europäischen Wirtschaft beauftragt worden sind, haben ihre Arbeiten abgeschlossen.

An den italienischen Luftmanövern haben etwa 1000 Flugzeuge, die gesamte italienische Luftflotte, teilgenommen, darunter die größten Bombardierungsapparate und gewaltige Ozeanflugboote. Der Kriegsflieger Spezia war in Kriegsgutstand erklärt, weshalb alle Lichter abgeblendet werden mußten. Eine Viertelstunde nach 2 Uhr früh meldete Siemengehude den Beginn des Luftangriffes. Das Bombardement wurde durch Abwerfen von Betarden und Leuchtraketen markiert. Außerdem wurden Flugblätter für die Bevölkerung abgeworfen, worin den Italienern eindringlich die Schrecken der Luftangriffe im Ernstfall mit Bomben und Giftgasen vor Augen geführt und erklärt wird, das italienische Volk solle und liebe den Frieden, aber seit Jahrtausenden lehrt die Klugheit, daß man auf den Krieg gerüstet sein müsse.

Der Dollarkredit für England. Das Londoner Schachamt gibt ein Communiqué heraus, in dem die bereits gemeldete Gewährung eines einjährigen französisch-amerikanischen 400-Millionen-Dollarkredits an England bestätigt wird.

Kleine Chronik

D X 2, von der italienischen Regierung angekauft und am Freitag nach Italien aufgestiegen, ist um 13 Uhr glatt in Spezia gelandet.

Die Gattin des vor kurzem wegen Verbrechens im Amt verhafteten Kriminalkommissars Dubral hat in ihrer Wohnung in Tempelhof verbrüht, sich durch Leuchtgas zu vergiften. Den Wiederbelebungsversuchen der Feuerwehr ist es gelungen, Frau Dubral ins Bewußtsein zurückzurufen. Sie mußte ins Krankenhaus übergeführt werden.

Im Prozeß gegen die Mörder des Justizwachtmeisters Neubauer in Breslau, den Schächter Pilgram und den Polen Anton Potoki, wurde der Pole Anton Potoki, 21 Jahre alt, wegen Mordes in Tateinheit zum Tode und 10 Jahren Ehrverlust, wegen leichten und schweren Diebstahls und unbefugten Waffenbesitzes zu einem Jahr, einem Monat Zuchthaus, und der Schächter Pilgram wegen Totschlages in Tateinheit mit schwerer Meuterei, sowie leichtem und schwerem Diebstahl und unbefugtem Waffenbesitz zu 10 1/2 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust verurteilt, unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft.

In Straßburger Stadtwald überraschte der Stadtwaldwarter zwei junge Burchen bei Schießübungen mit Pistolen und forderte sie auf, mitzukommen, doch weigerten sich beide. Einer der beiden Burchen, der 16jährige Schlosserlehrling Kolossa, schoß zweimal auf den Stadtwaldwarter, der schwerverletzt zusammenbrach. Ein Schuß traf eine in der Nähe befindliche Frau. Der Stadtwaldwarter schoß ebenfalls und traf Kolossa, der jedoch entkommen konnte. Kolossa erkrankte später in der elterlichen Wohnung kurz vor seiner Verhaftung. Sein Komplize wurde verhaftet.

Die Gebeine von 452 deutsch-österreichischen Soldaten, die in der Gegend von Ceggia gefallen waren, wurden von dem dortigen Friedhof auf den Sagamba übergeführt, der nunmehr die Gebeine aller Dösterreichler bergen soll, die in Ceggia, Grisolera und Caba Zuchherini gefallen sind.

In einem etwa 25 Kilometer von Reggio Calabria entfernten Ort brach, anscheinend durch Selbstentzündung, in einem Feuer aus. Da nach dem Erdbeben von 1908 die Ortschaft nur zum Teil wieder aufgebaut wurde und die Bevölkerung meist noch in Holzbaracken wohnte, fand das Feuer bei dem herrschenden starken Wind reiche Nahrung. Etwa 200 Häuser und Baracken, die ebensoviele Familien beherbergten, wurden ein Opfer der Flammen. Da die Feuerwehr die Bewohner gefährdeter Häuser mit Gewalt entfernte, sind keine Menschenleben zu beklagen. Der Sachschaden beläuft sich auf etwa 10 Millionen Lire.

Ein starkes Erdbeben, das gestern gegen 21 Uhr ganz Beludschistan und Sind erschütterte, hat vor allem im Scharigh-distrikt erheblichen Schaden angerichtet. Einige Städte sind vollkommen vernichtet worden. Auch eine Reihe von Menschenleben ist zu beklagen.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Das kontinentale Hochdruckgebiet behauptet seinen Einfluß auf unsere Gegend. Das heitere und trockene Wetter wird daher anhalten. Voraussage: Fortdauer des heiteren und trockenen Wetters bei nordöstlichen Winden. Am Tage warm, nachts noch sehr kühl.

Wasserstände: Waldsüt 385 minus 10, Bafel 200 minus 15, Schutterinsel 267 minus 16, Neßl 415 minus 20, Raxau 647 minus 3, Mannheim 591 minus 10, Coub über 200 Zentimeter.

Badischer Teil

Keine Gefährdung der Rheinbrückenbauten

Verschiedentlich wird die Mitteilung verbreitet, daß der Bau der drei Rheinbrücken Mannheim-Ludwigshafen, Speyer und Raxau durch die gegenwärtige Finanzkrise gefährdet sei. Von der Mannheimer Rheinbrücke wird überdies behauptet, daß der Voranschlag von 7,4 Millionen Reichsmark um etwa eine Million überschritten werde. Zu diesen Behauptungen wird der „Frankfurter Zeitung“ auf Anfrage von zuständiger Seite mitgeteilt, daß eine Gefährdung des Brückenbaues Mannheim-Ludwigshafen nicht zu befürchten sei. Noch keiner der vier Vertragspartner (Reich, Reichsbahn, Bayern und Baden) hat die monatlichen Ratenzahlungen in der jeweils angeforderten Höhe verweigert. Lediglich Bayern zeigte sich mit der Zahlung ein wenig hartnäckig, doch hat Bayern nur ein Sechstel der Gesamtkosten zu tragen. Der Voranschlag für die Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen ist bisher noch nicht erreicht worden. Mit den Ratenanforderungen ist man sogar noch im Rückstand. Zum Teil ist dieser Rückstand auf die Behinderung der Bauten durch das Hochwasser zurückzuführen. Das Hochwasser hat bisher die Gründungsarbeiten am pfälzischen Flußufer behindert. Mit der Montage des Oberbaues ist bereits begonnen worden. Das Portal auf der Mannheimer Seite ist in diesen Tagen vollendet worden.

Was die eventuelle Einstellung der Brückenbauten bei Raxau und Speyer betrifft, so ist auch diese Meldung aus der Luft gegriffen. Noch keine der zuständigen Stellen hat sich bisher zu der Frage der Einstellung in irgendeiner Form geäußert oder diese Einstellung angeregt. Die technischen Vorkarbeiten für den Baubeginn der Raxauer Brücke sind bereits getroffen worden; im zweiten Halbjahr 1932 wird die Rheinbrücke Raxau nach der Fertigstellung der Mannheimer Brücke in Angriff genommen werden. Die Eisenbahnlinienführung zwischen Raxau und Karlsruhe wird noch einer Verbesserung unterzogen, die im ursprünglichen Projekt nicht vorgesehen war. Die Finanzierung dieser wie der Speyerer Brücke hat bisher keiner der Vertragspartner in Zweifel gestellt. Die drei Rheinbrückenbauten werden durchgeführt werden. Vor allem hat auch die Reichsbahn das allergrößte Interesse an der Durchführung dieser Brückenbauten, da die bisherigen Brücken aus technischen Gründen (Tragfähigkeit) den steigenden Anforderungen nicht mehr gewachsen sind.

Konfularische Vertretung Boliviens

Der zum bolivianischen Generalkonsul in Hamburg ernannte Herr Victor Krüger ist zur Ausübung konfularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

Eine Zentrumsentscheidung zum Spargutachten

Die Vertrauensleute der Zentrumspartei des ersten badischen Wahlkreises faßten bei einer Versammlung in Stodach zum badischen Spargutachten eine Entschließung folgenden Wortlauts: „Der Wahlkreisaußschuß der Zentrumspartei des 1. badischen Wahlkreises lehnt die Verwaltungsreform im Sinne des Spargutachtens durch Einführung von Amtskörperschaften ab. Er erblickt darin eine Benachteiligung des flachen Landes in verwaltungstechnischer und finanzieller Hinsicht. Die Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung muß erstrebt werden durch Abbau von Staatsaufgaben, durch Rückübertragung einer Reihe von Geschäften (z. B. des Fürsorgewesens) an die Gemeinde und durch Zusammenlegung einzelner Kreisverwaltungen.“

Vertrieb deutscher Lose in der Tschechoslowakei

Nach einer Mitteilung von amtlicher tschechoslowakischer Seite mehrten sich in letzter Zeit die Fälle von Versuchen, deutsche Lose in der Tschechoslowakei abzugeben. Es wird darauf hingewiesen, daß nach den tschechoslowakischen Strafgesetzen der Vertrieb fremder Lose im Gebiet der Tschechoslowakischen Republik unter Strafe verboten ist.

Aus der badischen Industrie

Die Tarifkündigung in der oberbadischen Metallindustrie. Die Meldung, daß die Bezirksgruppe Oberbaden des badischen pfälzischen Metallindustriellenverbandes den Tarifvertrag zum 30. Sept. 1931 gekündigt hat, ist teilweise dahin ausgelegt worden, daß auch die Metallindustrie des Seekreises davon betroffen worden sei. Diese Auslegung ist nicht richtig. Nach der offiziellen Verbandsteilung gehört der Seekreis nicht mehr zum Bezirk Oberbaden, der im Südosten vom Seekreis und im Norden von der Bezirksgruppe des Handelskammerbezirks Rahr begrenzt wird. Die Kündigung betrifft also nur die in den Handelskammerbezirken Freiburg und Schopfheim (Kreis Rührich und Waldsüt), also in Oberbaden, ansässigen Industrien.

Aus der Landeshauptstadt

Stillelegung der Schärer-Werke. Der Karlsruher Industrie droht ein neuer schwerer Schlag. Die Firma Schärer-Werk, die sich mit der Herstellung von Spezialwerkzeugmaschinen befaßt und deren Ruf weit über die Grenzen des badischen Landes geht, hat bei dem Landeskommissar den Stillelegungsantrag gestellt und die Genehmigung zur Entlassung von 41 Angestellten nach dem 9. September 1931 erhalten. Schon jetzt wurde nach längerer Kurzarbeit am 15. August 12 Angestellten, darunter allein 10 technischen Angestellten, ihre Stellung gekündigt und den übrigen Angestellten zum nächsten Mündigungstermin die Auflösung ihres Arbeitsverhältnisses angekündigt. Die Belegschaft der Arbeiter, die durchschnittlich bei normalen Arbeitsverhältnissen die Zahl von 250 überstieg, ist bereits auf 100 Arbeiter reduziert worden.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Wie zu erwarten war, wurde die Erstaufführung der Operette „Reppina“ am Donnerstag, den 27. August, mit großem Beifall aufgenommen. Wiederholungen finden statt am Samstag, den 29. August, 20 Uhr, und Sonntag, den 30. August, 19.30 Uhr.

Künstliche Augen werden demnächst in Karlsruhe durch Vertreter der Firma F. Ad. Müller Söhne, Wiesbaden, Anstalt für künstliche Augen, in Anwesenheit der Patienten nach der Natur angefertigt und eingepaßt. Näheres siehe Inserat in heutiger Ausgabe.

Rheinische Kohlen- und Brikett-Gesellschaft MÜLBERGER M. B. H.
Kontor: Amalienstr. 25, Ecke Waldstraße. Telefon 244, 245, 1572
KOHLEN * KOKS * BRIKETT * GRUDE * BRENNHOLZ

Gemeinderundschau

Die Sparmaßnahmen der Stadt Mannheim

Der Mannheimer Oberbürgermeister, Dr. Heimerich, gab den Vertretern der Presse einen Überblick über die Finanzlage der Stadt Mannheim und die beabsichtigten oder möglichen Einsparungen. Im Verhältnis zu der Lage in vielen anderen Großstädten ist die Lage in Mannheim noch leidlich günstig, da noch volle Kasienliquidität vorhanden ist, eine kurzfristige Verschuldung nicht besteht und auch der Etat 1930/31 voraussichtlich kein oder nur ein ganz geringes Defizit aufzuweisen haben wird. Dagegen macht die Ausgleichung des laufenden Etats die allerschwerste Sorge, zumal schon unmittelbar nach Verabschiedung des Etats 1931/32 festgestellt wurde, daß bei den Wohlfahrtsausgaben mit erheblichen Überschreitungen zu rechnen sein wird. Eine Nachprüfung des Etats machte die Sperrung von 624 602 M an Sachausgaben notwendig. Inzwischen hat sich die Finanzlage der Stadt weiter verschlechtert. So ist auf dem Wohlfahrtsgebiete mit einer Etatsüberschreitung von mindestens 3 Millionen Reichsmark zu rechnen. Hinzu kommen die außerordentlich starken Ausfälle bei den Überweisungssteuern, die in ihrer Höhe noch nicht übersehen werden können. Seitens der Stadtverwaltung Mannheim sind daher weitere einschneidende Sparmaßnahmen ins Auge gefaßt und teilweise bereits eingeleitet worden. So sind auf personellem Gebiet folgende Einsparungen vorgesehen. Zunächst wird die Kürzung der Arbeiterlöhne mit Wirkung vom 27. August ab durchgeführt. Die Tagesgehälter und Übernachtungsgebühren bei auswärtigen Dienstgeschäften wurden einseitig um 20 Proz. gekürzt. Circa 60 entbehrlichen Angestellten, darunter 50 Straßenbahnern, die sich noch nicht fünf Jahre bei der Stadt befinden, mußte zum 1. Oktober gekündigt werden. Beabsichtigt ist ferner die zur Aufrechterhaltung aller über 68 Jahre alten entbehrlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten. Betroffen werden etwa 80 Personen. Schließlich wird eine Anzahl von Beamten, die in ihrem Geschäftsbereich entbehrlich sind und im Fürsorgeamt keine Verwendung finden können, in den Ruhestand versetzt, auch wenn sie das 68. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Außerdem wird die Befolgsordnung der Stadt Mannheim an die staatliche Befolgsordnung angeglichen. Im Zusammenhang damit wird den Pensionären künftig nur noch das Wohnungsgeld nach Ortsklasse B gewährt werden können. Neueinstellungen und Beförderungen sind schon seit längerer Zeit unterblieben und können natürlich auch weiterhin nicht in Betracht kommen. Schließlich wird es notwendig sein, einzelne Abteilungen oder Ämter entweder ganz aufzulösen oder anderen Abteilungen anzugliedern. Auch die Sachausgaben werden eine weitere Kürzung erfahren. Darüber hinaus wird die Stadtverwaltung alle in der Stadt vorhandenen Kräfte, den Hilfsbedürftigen über den Winter hinwegzuhelfen. Schließlich ist geplant, eine Senkung der Theaterpreise durchzuführen, welche 10—12 Proz. für die einzelne Platzgattung ausmachen soll.

Zwangsetatisierung im Heidelberger Bezirk

Für die Gemeinden Altnersdorf, Eppelheim und Sandhausen sind die Voranschläge im Wege der Zwangsetatisierung festgestellt worden, wobei für die Gemeinden Eppelheim und Sandhausen der Zuschlag zur Bürgersteuer um 100 Proz. erhöht wurde, so daß hier die Bürgersteuer im dreifachen Betrage des Landesbetrages zur Erhebung kommt. Außerdem ist für die Gemeinde Eppelheim auch die Einführung der Gemeindegetränksteuer mit 10 v. H. des Kleinhandelspreises mit Wirkung vom 1. September d. J. angeordnet worden. Die Voranschläge der Gemeinden Brombach, Gungelshausen, Hedsheim, Müdenloch, St. Jgen, der Orts- und Landgemeinde Ochsenbach, sowie der Ortsgemeinden Ringental, Maisbach und Brenzhof wurden genehmigt, ebenso die Abänderung der Gemeindebefähigungen in den Gemeinden Brombach, Moosbrunn, Schönbrunn und Speckbach.

Die Stadtgemeinde Markdorf im Amt Überlingen beschloß in ihrer Bürgerausschusssitzung, mit der Gemeinnützigen Spargenossenschaft, genannt „Sparci“, Singen, Hohentwiel, einen Darlehensvertrag von 60 000 M abzuschließen. Die Abgabe des Geldes erfolgt zinslos, es wird lediglich ein Unkostenbeitrag von 6 Proz. für die ganze Darlehensdauer erhoben. Die Stadt Markdorf rechnet mit einer Zuteilung binnen eines Jahres, vorausgesetzt, daß die Landesaufsichtsbehörde diesen neuen Weg der Gemeindeentlastung mittels zinslosen Geldes gutheißt.

Die neue Ettlinger Badewasser-Reinigungsanlage

Für das Städt. Schwimmbad in Ettlingen, das im Sommer 1900 eröffnet und in Betrieb genommen wurde, mußte zum Füllen der beiden Schwimmbäder früher Abwasser aus dem Gewerbekanal durch eine besondere Dampfpumpenanlage ent-

nommen werden. Mit der zunehmenden Industrialisierung des Altbaus verschmutzte das Abwasser von Jahr zu Jahr immer mehr und wurde — trotz dem vorhandenen Filter — für Badezwecke ungeeignet. Diefem Uebel verjuchte man dadurch abzuhelfen, daß man statt Abwasser das Oberwasser aus den Quellen der Brudergarten-Wasserwerkung den Schwimmbädern zuführte. In den heißen Sommertagen wurde jedoch, wenn im Schwimmbad Hochbetrieb herrschte, das Quellwasser zur Trinkwasserbereitung gebraucht, und es mußte zum Nachfüllen wieder verschmutztes Abwasser gepumpt werden. Dazu kam die Verunreinigung des Wassers durch Algen, die den Betrieb des Schwimmbades von Jahr zu Jahr erschwerte, verteuerte und für die Stadtverwaltung eine ernste Sorge und für alle Badegäste höchst unerfreulich war. Kaum waren die Schwimmbäder frisch gefüllt und durch die Sonne soweit erwärmt, wie es ein erfrischendes, behagliches Baden erfordert —, da war das Badewasser durch Wasseralgen bereits wieder verdirbt und verschmutzt, so daß die Bäder wöchentlich mehrmals entleert, gereinigt und mit dem viel zu kühlen Quellwasser, soweit es zur Verfügung stand, frisch gefüllt werden mußten.

Nach langjährigen Versuchen ist es dem Karlsruher Chemiker Dr. Karl Pfeiffer gelungen, ein praktisches, brauchbares Verfahren zu erfinden, mit dessen Hilfe man den ganzen Sommer Wasseralgen aus Freibädern fernhalten kann. Die für das Schwimmbad nunmehr vollendete und in jeder Hinsicht vorbildliche Wasserreinigungsanlage ist überflüssig, einfach und zweckmäßig ausgeführt. Sie versorgt das 420 Kubikmeter fassende Schwimmbad für Herren und das 380 Kubikmeter fassende Schwimmbad für Damen täglich mit trinkbar frischem, entkeimtem, durch die Sonnenwärme gut temperiertem Wasser und ist für Erweiterungen ausreichend dimensioniert. Die Badegäste sind beim Besuch des Bades über das kristallklare, warme Badewasser überrascht und erfreut, und es wird allenthalben dankbar anerkannt, daß die Stadtverwaltung die früheren Schwierigkeiten überwunden hat.

Kurze Nachrichten aus Baden

Brände in Baden

D3. Stigheim, 29. Aug. In der Nacht zum Freitag brach im Schuppen der Dreschmaschine der Wilhelm Kühn Witwe Feuer aus, das sehr rasch um sich griff und die Maschine und den Schuppen fast vollständig einäscherte. Die Entstehungsurache ist noch nicht geklärt. Es wird vermutet, daß der Brand durch Unvorsichtigkeit von Handwerksburschen, die daselbst übernachtet haben, entstanden ist. Der Schaden beläuft sich auf etwa 12—15 000 RM, und ist teilweise durch Versicherung gedeckt.

D3. Hornberg, 29. Aug. Während die Bewohner auf dem Felde arbeiteten, brach in dem Wohngebäude des Landwirts Simon Hildbrand in Reichenbach im oberen Rottbach Feuer aus. An eine Bekämpfung des Brandes war nicht zu denken, da das alte, ganz aus Holz bestehende Anwesen, den Flammen sofort reichliche Nahrung bot. Innerhalb einer Stunde war es niedergebrannt. Das Vieh konnte in Sicherheit gebracht werden; von den Fahrnissen wurde nur wenig gerettet. Die Brandursache und Schadenshöhe sind noch unbekannt.

Hd. Stetten b. Badshut, 29. Aug. Samstag früh brach in Stetten in dem Anwesen des Alfons Albrecht während der Abwesenheit des Besitzers Feuer aus, das mit rasender Schnelligkeit um sich griff und innerhalb einer Stunde fünf Wohnhäuser und vier Scheunen in Schutt und Asche legte. Das Feuer breitete sich auch auf die angebauten Wohnhäuser des Landwirts Johann Philipp, des Arbeiters Gerhard, der Witwe Rosa Rutschmann und des Säuhmachers Nöhlein aus, die völlig ausgebrannt sind. An eine Rettung war nicht mehr zu denken. Während aus dem Anwesen des Alfons Albrecht nichts mehr gerettet werden konnte, gelang es den andern Brandgeschädigten, einiges Mobiliar in Sicherheit zu bringen. Bei dem Landwirt Johann Philipp konnte das Vieh gerettet werden. Die übrigen Brandgeschädigten betreiben nur Kleinlandwirtschaft ohne Vieh. Aber die Brandursache ist noch nichts bekannt. Der Gebäudeschaden beläuft sich auf 84 000 RM.

D3. Bonndorf, 29. Aug. Zwei Heuhäuten, in denen annähernd 4000 Zentner Heu und Stroh aufgestapelt waren, wurden ein Opfer der Flammen. Einige Wagen und Erntemaschinen konnten gerettet werden. Das Feuer ist von kleinen Auben, die mit Streichhölzern spielten, gelegt worden.

Hd. Weinheim, 28. Aug. In der Nacht auf Freitag verjchied nach längerer schwerer Krankheit an den Folgen eines Schlaganfalls der bekannte Weinheimer Verleger und Buchdruckermeister Hugo Dieblich im Alter von 61 Jahren. Der Verstorbene war Herausgeber des im 69. Jahrgang erscheinenden „Weinheimer Anzeigers“.

D3. Baden-Baden, 29. Aug. Ende dieser Woche weite eine Reisegesellschaft von 20 italienischen Ärzten hier, die sich auf einer Studientour durch eine Anzahl deutscher Bäder befindet.

Hd. Pfefzheim, 28. Aug. Der Tag des Großen Preises von Baden-Baden brachte der Pfefzheimer Bahn am Freitag einen vollen Erfolg. Ein prächtiger Spätsommertag lockte an diesem Haupttage der Baden-Badener Rennwoche ein sehr zahlreiches Publikum nach der Bahn, deren landschaftlichen Schönheiten sich in ihrem vollen Glanze präsentierten. Mit größter Spannung sah man der Entscheidung des Hauptereignisses des Großen Preises von Baden-Baden entgegen. Neun Pferde, zwei Franzosen und sieben Deutsche, sah man am Start. Das Rennen endete mit dem überraschenden deutschen Siege, indem die Staditzerin „Sichel“ nach scharfem Endkampf mit der Französin „La Furca“ unter dem jubelnden Beifall der Zuschauerernte mit zwei Längen Vorsprung durchs Ziel ging. Der Franzose „Baba“, der heiße Favorit des Rennens, hatte beim Maflatter Bogen seinen Reiter, Elliot, verloren, der zu scharf innen geritten die Barriere gestreift hatte und dabei aus dem Sattel kam. Die Franzosen entschädigten sich für die Niederlage im Großen Preis mit einem überlegenen Siege von Tillements „Ritgen Garden“ im Wasserfall-Ausgleich.

Hd. Diersheim b. Keßl, 28. Aug. Nachdem die Sandblatt- und Mittelgerente unter großer Mühe eingebracht werden konnte, hat man an einigen Plätzen bereits mit der Obergerente begonnen. Was die diesjährige Tabakernte hier anbetrifft, so ist festzustellen, daß die Qualität, besonders bei Frühlis, trotz des nicht gerade günstigen Wetters in den letzten Wochen, sehr gut ausgefallen ist, so daß die Käufer mit dieser Qualitätsware sicherlich zufrieden sein werden.

Hd. Offenburg, 28. Aug. In der Berufungsverhandlung des Redakteurs Karl Frank vom „Grüßhorn“ in Raht, der vom dortigen Amtsgericht wegen Beleidigung des Bürgermeisters Hofmann von Dinglingen zu 50 RM Geldstrafe verurteilt worden war, erfolgte am Freitag vor dem Landgericht Offenburg ein Freispruch. Bürgermeister Hofmann hatte anlässlich einer Totengedenkfeier für die Erhaltung des Friedens gesprochen. Er zog dabei den Vergleich, daß der alte Krieg gegenüber einem kommenden ein Kinderspiel gewesen sei. Diesen Vergleich gab das „Grüßhorn“ in einer Weise wieder, daß der Bürgermeister eine Beleidigung darin erblickte und die das Richteramt durch Verurteilung als solche anerkannte. Das Landgericht Offenburg dagegen sprach den Angeklagten frei, weil sich Staatsanwalt und Gericht auf den Standpunkt des Redakteurs stellten, daß dieser Vergleich des Bürgermeisters eine Entgleisung gewesen, weil dieser kein Recht habe, an dem vergangenen Krieg Kritik zu üben, da er infolge eines körperlichen Leidens nicht am Kriege teilgenommen habe.

D3. Oberhausen (Amt Emmendingen), 28. Aug. In dem Anwesen des Landwirts Josef Felle brach Feuer aus. Der Brand dehnte sich vom Wohnhaus auf die Scheuer und von dort weiter auf die anstoßenden Scheunen des Landwirts Mathias Himmelsbach und des Wilhelm Duri aus. Sämtliche vier Gebäude wurden eingeäschert. Die Schadenshöhe steht noch nicht fest. Man vermutet Brandstiftung.

Hd. Freiburg, 29. Aug. Auf dem Schauinsland ist in diesen Tagen ein Schwimmbad fertiggestellt worden, das wohl zu den besten gelegenen Freiluftschwimmbädern Deutschlands zählen dürfte und einen neuen Anziehungspunkt für den Fremdenverkehr bedeutet.

Hd. Freiburg, 28. Aug. Die Strecke Hirschgarten—Himmelsbach der Höllentalbahn erhält zur Zeit einen neuen Oberbau, um die Verwendung schwerer Lokomotiven und damit die Einführung von durchgehenden Schnell- und Flugkursen auf dieser landschaftlich einzigartigen Gebirgsstrecke zu ermöglichen. Die Brücke bei Hüllsteg wird umgebaut und verstärkt. Der fahrplanmäßige Betrieb wird durch die Umbauten nicht gestört.

Sommer-Operette

Im Städtischen Konzerthaus Karlsruhe

Spielplan vom 1. bis 6. September
 Dienstag, 1. Sept. Peppina, 20—23 (4.—)
 Mittwoch, 2. Sept. Peppina, 20—23 (4.—)
 Donnerstag, 3. Sept. Peppina, 20—23 (4.—)
 Freitag, 4. Sept. Peppina, 20—23 (4.—)
 Samstag, 5. Sept. Peppina, 20—23 (4.—)
 Sonntag, 6. Sept. Abschiedsvorstellungen der Sommer-Operette.

Zu kleinen Preisen:
 Nachmittags: Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren,
 15 bis nach 17.30 (8.30).

Zu kleinen Preisen:
 Abends: Die lustige Witwe, 19.30—22.15 (8.30).

Künstliche Augen

fertigen n. d. Natur und passen ein
 F. A. d. Müller Söhne, Wiesbaden
 in Karlsruhe i. B., Hotel Nowack, Nowack-Anlage 19,
 vom 7.—9. September 31.

Preiswerte Qualitätsmöbel

jeder Art bei K-737
Grich Rudolf, Karlsruhe i. B.
 Ratenkauf-
 abkommen
 Lammstraße 3. Telefon Nr. 1216

Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der badischen Regierung der

KARLSRUHER ZEITUNG

BADISCHER STAATSANZEIGER

B.124. Karlsruhe. Vergleichstermin vom 2. September 1931 bezüglich der Firma Mittelbadische Privat-Spar- und Darlehensbank G.m.b.H. Karlsruhe, Schloßplatz 13, wurde von Amts wegen verlegt auf: Mittwoch, den 23. September 1931, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Wobnietstraße Nr. 8, II. Stock, Zimmer 150. Karlsruhe, den 26. August 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4.



Sommer-Operette
im Städt. Konzerthaus

Sonntag, 30. August 1931

Peppina

Operette von Robert Stolz

Dirigent: Jilger

Regie: Meißner

Mitwirkende:
 Lederer, Schnitzer, Janl,
 Macher, Seibold a. G., Böfer,
 E. Rivinius

Anfang 19¹/₂, Ende 22¹/₂
 Preise 1—4 RM

Öffentliche Sparkasse Waibstadt

Bilanz per 31. Dezember 1930

Vermögen RM	Verbindlichkeiten RM
1. Kassenbestand am 30. 12. 1930	1. Spareinlagen
2. Postcheck	2. Aufwertungs-spareinlagen
3. Wechsel	3. Kontokorrent
4. Betriebskapital b. Girozentrale	4. Banken
5. Darlehen	5. Aufwertungs-konto
6. Schuldscheine	6. Reservefonds
7. Hypotheken	7. Verteilung des Reingewinnes: Reservefonds
8. Kaufschillinge	Restbetrag auf neue Rechnung
9. Kontokorrent	
10. Wertpapiere	
11. Aufw.-Gpp. u. Schuldscheine	
12. Aufwertungsforde-rungen	
13. Banken	
14. Immobilien u. Immobilien	
1 111 549,63	1 111 549,63

Berechnung der Rücklage:
 Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 8% aus 648 156,— RM = 51 852,48 RM
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 41 000,— RM
 somit weniger 10 852,48 RM

Waibstadt, den 25. August 1931.
 Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Spiegel
 Der Geschäftsleiter: Schäfer

Druck G. Braun, Karlsruhe.